

RUNDFUNKRAT DES RBB, MASURENALLEE 8 – 14, 14057 BERLIN

Ständige Publikumskonferenz  
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.  
z.H. Frau Maren Müller

per Mail: [Info@publikumskonferenz.de](mailto:Info@publikumskonferenz.de)

ABTEILUNG Geschäftsstelle des Rundfunk- und Verwaltungsrates  
E-MAIL [gremiengeschaeftsstelle@rbb-online.de](mailto:gremiengeschaeftsstelle@rbb-online.de)

TELEFON 030 97993-10005  
TELEFAX 030 97993-10059

Berlin  
10. Januar 2023

**Ihre Programmbeschwerde:  
Kontraste-Beitrag zur Friedensbewegung am 7. Juli 2022**

Sehr geehrte Frau Müller,

der Rundfunkrat des rbb hat sich in seiner Sitzung am 8. Dezember 2022 mit Ihrer Programmbeschwerde befasst, die mit Mail vom 25. Juli 2022 beim Rundfunkrat eingegangen ist. Der Befassung des Rundfunkrates ist eine eingehende Beratung der Sache im Programmausschuss vorausgegangen.

Im Ergebnis hält der Rundfunkrat Ihre Beschwerde für unbegründet und weist sie zurück.

**Begründung**

Der noch zu diesem Zeitpunkt geschäftsführende Intendant Hagen Brandstätter ist am 18. August bereits detailliert auf die in der Programmbeschwerde erhobenen Vorwürfe eingegangen, hat diese widerlegt und sich dabei sehr präzise mit einzelnen Textpassagen auseinandergesetzt. Auf diese sehr ausführliche Argumentation möchten wir verweisen. Der Rundfunkrat ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der rbb mit dem o.g. Beitrag weder die Friedensbewegung diffamiert hat und auch keinem wie auch immer gearteten, im Vorhinein festgelegtes Narrativ bedient und daher keinen Verstoß gegen den Programmauftrag des rbb zu erkennen ist.

In Ihrer Entgegnung auf die Antwort des damals geschäftsführenden Intendanten führen Sie einige neue Punkte an; auf diese möchte ich hier gerne ausführlicher eingehen. Der Nachvollziehbarkeit halber folge ich dabei der Gliederung Ihres Schreibens.

RUNDFUNK  
BERLIN-BRANDENBURG

MASURENALLEE 8 - 14  
14057 BERLIN  
TELEFON 030 97993-0

MARLENE-DIETRICH-ALLEE 20  
14482 POTSDAM  
TELEFON 0331 97993-0

[rbb-online.de](http://rbb-online.de)

1.

Sie geben an, der Leiter einer Diskussionsveranstaltung auf dem Camp habe zu Beginn ausdrücklich darum gebeten, nicht zu filmen. Die der Redaktion vorliegende Aufnahme dokumentiert die Diskussionsveranstaltung im Camp von Beginn an. Daraus geht hervor, dass zu keinem Zeitpunkt vernehmbar darum gebeten wurde, nicht zu filmen. Sie räumen zudem ein, dass die Veranstaltung durch mindestens eine weitere Person gefilmt wurde. Ihrer Darstellung zufolge hat jene Person sogar ausdrücklich darum gebeten, filmen zu dürfen. Auch im vorliegenden Material ist eine Frau mitsamt Kamera und Stativ zu erkennen. Für die Teilnehmenden war damit offensichtlich, dass die Diskussionsveranstaltung aufgezeichnet werden würde. Bei der Veranstaltung entstandene Aufnahmen wurden zudem ausschnittsweise auf YouTube veröffentlicht. Der Vorwurf, es handele sich bei dem der Redaktion vorliegenden Material um einen unerlaubten Videomitschnitt der Diskussionsveranstaltung, ist vor diesem Hintergrund haltlos.

2.

Nachdem Sie eingangs kritisierten, der Beitrag enthalte Aussagen willkürlich ausgewählter Teilnehmer, bezweifeln Sie nun, dass anhand des Kontraste-Beitrags beurteilt werden könne, ob die dargestellten Meinungen einen repräsentativen Blick auf die Teilnehmenden des Camps geben. Wie Herr Brandstätter Ihnen im August nach Rücksprache mit der Redaktion bereits mitgeteilt hat, entspricht die Auswahl dieser Statements durchaus der dort von den Reportern beobachteten Stimmungs- und Meinungslage. Dass ein größerer Teil der Teilnehmenden des Camps dem verschwörungsideologischen Milieu angehört, ließ sich nicht nur anhand von Interviews vor der Kamera ermitteln, sondern auch durch Gespräche, welche die Reporter im Rahmen ihrer ergebnisoffenen Recherche vor Ort geführt haben.

Ebenso wenig willkürlich erfolgte auch beispielsweise die Auswahl eines Interviewpartners, bei dem es sich laut der Redaktion um einen bekannten Aktivist der Berliner „Querdenkerszene“ handelt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht bei der sog. Querdenken- Bewegung laut seinem Bericht 2021 Bestrebungen, den Staat zu delegitimieren. Tatsächlich sagt der bewusste Demonstrant im Beitrag, *„wenn Russland jetzt nach Deutschland kommen würde und hier die Bundesregierung einkassieren würde“, würde er dies als „eine Befreiungsaktion“* sehen.

Weiter sagt er mit Bezug auf die Bundesregierung: *„Das sind für mich genauso Faschisten irgendwo, die weg müssen“*. Im Beitrag wurde diesbezüglich jedoch nicht insinuiert, es handele sich hierbei um eine für die Teilnehmenden des Camps repräsentative Äußerung. Im Gegenteil leitete die Redaktion die Aussage mit einem Sprechertext ein, wonach dieser Aktivist *„eine spezielle Meinung“* habe.

Mir erschließt sich nicht, warum man für eine repräsentative Berichterstattung der Einzelmeinung von Herrn Luig im Beitrag mehr Zeit hätte einräumen müssen. Herr Luig kann als Sprecher der „Stopp Ramstein“-Kampagne höchstens für die Organisatoren des Camps sprechen - nicht aber für all diejenigen, die am Camp teilgenommen haben.

Sie schreiben, Hagen Brandstätter habe in seinem Schreiben Eugen Drewermann als Vertreter von Hass- und Verschwörungstheorien bezeichnet. Dies trifft nicht zu. Im Schreiben von Herrn Brandstätter heißt es, die Auswahl der Statements diene dazu, aufzuzeigen, wie Hass- und Verschwörungstheorien „bei Teilen dieser Bewegung Fuß fassen“. Herrn Brandstätters Aussage bezog sich also erkennbar nicht auf die gesamte Bewegung. Auch wurde Herr Drewermann im betreffenden Absatz nicht genannt. Im Beitrag wird lediglich gezeigt, dass sich Herr Drewermann wiederholt im verschwörungsideologischen Umfeld der „Stopp Ramstein“- Kampagne bewegt und diese Kampagne sowie Herrn Ganzer gegen entsprechende Kritik verteidigt.

3.

Sie kritisieren, die Redaktion habe im Beitrag folgende von Herrn Ganzer getroffene Aussage aus dem Zusammenhang gerissen: *„Deutschland wird immer niedergedrückt mit dem Stichwort, Hitler, Nationalsozialismus‘. Das ist eine psychologische Kriegsführung, die Sie schon seit vielen Jahren erleiden. [...] Und da sage ich, man müsste eigentlich diese Verbindung ‚Deutschland-Hitler‘, die müsste man kappen, und man müsste machen: ‚Deutschland-Goethe‘.“* Dieser Ausschnitt sei gewählt worden, um ihn mit Herrn Drewermanns Weigerung, über Herrn Ganzer zu sprechen, zu verknüpfen.

Tatsächlich steht die Behauptung, Deutschland werde mit seiner „Geschichte - dem Nationalsozialismus -niedergedrückt“ für sich. Der Vorschlag, man solle diese Verknüpfung - und damit sinngemäß die Verantwortung für die Ermordung von rund sechs Millionen Jüdinnen und Juden und einen Weltkrieg - „kappen“ und Deutschland seinem Image zuliebe eher mit Goethe in Verbindung bringen, ist eine Forderung, wie sie sonst eher im rechtsradikalen Spektrum zu hören ist.

Die Redaktion hat sich erneut die gesamte Rede angesehen, in der Herr Ganzer noch konkreter wird. Der im Beitrag in der Mitte des Ausschnittes aus Zeitgründen gekürzte Teil bezieht sich auf dasselbe Thema (Wortlaut: *„Man kann jeden Abend um 10 Uhr, Hitler, Waffensysteme, so die Schergen, so, alles, immer, das läuft immer. Und das ist ein Trick, um Sie unterzubügeln.“*) direkt vor dem Ausschnitt lobt Herr Ganzer überschwänglich eine von Eugen Drewermann gehaltene Rede. Direkt nach dem Ausschnitt gibt Herr Ganzer an, Herr Drewermann sei ob seiner Fähigkeiten zu formulieren und seiner Bildung Teil derselben Kategorie wie Goethe. Es gibt keine Dekontextualisierung; Eugen Drewermann selbst ist der Kontext, in dem Herr Ganzer seine Aussage am 8. September 2017 in der Erlöserkirche in Kaiserslautern traf. Daher ist es angemessen, dass die Reporter Herrn Drewermann nach Herrn Ganzer gefragt haben. Dass Herr Drewermann sich pauschal weigert, über Herrn Ganzer zu sprechen, steht für sich.

Seine Äußerungen hat Herr Ganzer selbst auf seinem YouTube-Kanal veröffentlicht: <https://youtu.be/IdJVocUYxaU?t=66>.

Sie beanstanden in ihrem erneuten Schreiben das folgende Zitat: *„Herr Braun ruft zur Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten auf.“* Dieses Zitat kommt allerdings nicht vor - weder im Schreiben von Herrn Brandstätter noch im Beitrag.

Vielmehr heißt es im Beitragstext: *„Reiner Braun, ein bekannter Aktivist der traditionellen Friedensbewegung, ist ebenfalls dabei. Ihn scheint die radikale rechte Rhetorik nicht zu stören. An Sodenkamp gerichtet, wünscht er sich: ‚solidarisch miteinander versuchen, die Zukunft zu gestalten‘.“*

Zur Rolle Reiner Brauns einige Anmerkungen, aus denen sich erschließt, wie diese Einordnung zustande kommt.

Wie aus dem der Redaktion vorliegenden Videomitschnitt hervorgeht, wurde im Laufe der Diskussionsveranstaltung durch einen Vertreter der „Stopp Ramstein“-Kampagne deutlich kritisiert, es gebe die Erwartung, sich von rechts abzugrenzen. Auch Hendrik Sodenkamp, im Beitrag zu sehen, beteiligte sich an dieser Debatte. Seine Zeitung „Demokratischer Widerstand“ publiziert unter anderem Texte von Autoren wie Götz Kubitschek, dessen Thinktank „Institut für Staatspolitik“ mit Sitz in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextreme Gruppierung gilt. Damit möchte ich Ihre gestellte Frage beantworten, ob der rbb darüber entscheide, wer als rechtsextrem gelte: Selbstverständlich nimmt der rbb diese Einschätzung nicht vor, sie stammt vom Verfassungsschutz.

Herr Sodenkamp sprach im Rahmen der Diskussionsveranstaltung von starken Überschneidungen zwischen der sogenannten Friedensbewegung und der Bewegung, die sich im Zuge der Coronamaßnahmen gebildet hat (er meinte offenkundig das, was im weitesten Sinne als „Querdenken-Bewegung“ bezeichnet wird). Herr Sodenkamp nannte in diesem Zusammenhang unter anderem den rechten Publizisten Jürgen Elsässer, der sich dabei stark eingebracht habe. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hält das von Elsässer betriebene Magazin „Compact“ für gesichert rechtsextremistisch.

Von Rainer Braun, als bekannter Aktivist der traditionellen Friedensbewegung, hätten beispielsweise Widerworte gegen die radikal rechte Rhetorik kommen können (unter anderem bezeichnete Herr Sodenkamp die Bundesregierung als „faschistoid“). Tatsächlich äußerte Herr Braun - wie von der Redaktion im Beitrag erwähnt - den Wunsch: *„solidarisch miteinander versuchen, die Zukunft zu gestalten“.*

4.

Zu Ihren Hinweis auf den Film eines Teams von „Panorama“ über die Rolle der Air Base Ramstein im US- Drohnenkrieg:

Bei der „Panorama“-Produktion handelt es sich um einen „30-Minuten-Sonderbeitrag“ und nicht um einen siebenminütigen Beitrag für das übliche Sendeformat eines ARD- Politikmagazins. Auch hatte der „Panorama“- Film (mit dem Titel „Hinrichtung aus der Luft: Deutschland und der US-Drohnenkrieg“) eben die Funktionsweise der Ramstein- Air- Base zum Thema, während der thematische Fokus des Kontraste-Beitrags (mit dem Titel „Stopp Ramstein: Fragwürdiges Friedensbündnis“) nicht auf der Ramstein- Air- Base lag, sondern auf der Kampagne und den beispielsweise von Herrn Sodenkamp bei der Diskussionsveranstaltung angesprochenen Allianzen. Ein entsprechender Schwerpunkt wird bereits in der Anmoderation deutlich.

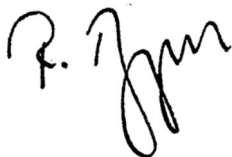
Dass Herr Brandstätter mit seiner „unter Ziffer 2 zitierten Antwort“ zugegeben haben soll, es sei Aufgabe des Kontraste-Teams gewesen, „Bilder und Aussagen zu produzieren, die ein vorgegebenes Narrativ unter dem Begriff Verschwörungstheorien belegen sollten“ erschließt sich mir nicht.

Herr Brandstätter hat, wie bereits erwähnt, mitgeteilt, dass die Auswahl der Statements der dort beobachteten Stimmungs- und Meinungslage entsprach. Darüber hinaus hatte er sich ausdrücklich gegen den Vorwurf verwahrt, die Autoren hätten sich aktivistisch und somit nicht journalistisch betätigt. Auch ich teile diese Auffassung.

Nach eingehender Prüfung konnte Hagen Brandstätter eine Verletzung der geltenden Programmgrundsätze des rbb nicht erkennen und hat die Programmbeschwerde deshalb als unbegründet zurückgewiesen. Dieser Sichtweise schließt sich das Gremium an. Auch unter Berücksichtigung Ihres jüngsten Vortrags ist aus meiner Sicht ein solcher Verstoß nicht festzustellen.

Zusammenfassend kann der Rundfunkrat keine Verstöße gegen einen im rbb-Staatsvertrag normierten Programmgrundsatz erkennen und weist Ihre Programmbeschwerde als unbegründet zurück.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'R. Roggenbuck', is positioned below the text 'Freundliche Grüße'.

Rolf Roggenbuck  
Vorsitzender des rbb-Rundfunkrates